

# Ist uns der Sonntag noch heilig?

Feiertagsarbeit ist keine Seltenheit mehr, dazu trägt auch das NRW-Ladenschlussgesetz bei.

Muss es geändert werden? „Welt am Sonntag“ lädt zur Podiumsdiskussion

Schon am 2. Januar sahen sie sich wieder: die Geschäftsleute, ihre Mitarbeiter und die Kunden der Einzelhändler in Köln-Porz. Es war der erste Sonntag des Jahres – und der war in Porz gleich „verkaufsoffen“. In Köln wird man dieses Jahr so oft sonntags einkaufen können wie noch nie. Dabei sieht das Ladenschlussgesetz von 2006 nur vier verkaufsoffene Sonntage pro Jahr vor. Allerdings ist es den Städten erlaubt, diese vier Sonntage in jedem Viertel verschieden zu terminieren. So kommt es, dass in Köln eigentlich immer irgendwo verkaufsoffener Sonntag ist.

„Ist uns der Sonntag noch heilig?“ – so lautet die Frage einer Gesprächsrunde in Gladbeck, zu der die „Welt am Sonntag“ und das „Martin-Luther-Forum Ruhr“

am kommenden Donnerstag einladen. 1991 arbeiteten nur 17 Prozent der deutschen Arbeitnehmer gelegentlich am Sonntag, 2008 waren es schon 26 Prozent. Eine Entwicklung, mit der Albert Henz, Theologischer Vizepräsident der Evangelischen Kirche von Westfalen, nicht einverstanden ist: „Der Sonntag muss Sonntag bleiben, ansonsten droht gehetztes Nebeneinander statt bewusstes Miteinander.“

CDU und FDP hatten 2006 den NRW-Ladenschluss liberalisiert. Doch die derzeitige rot-grüne Regierung plant, diese Regelung zu überarbeiten. In diesem Sommer wolle man neue Vorschläge machen, kündigt Wirtschaftsminister Harry K. Voigtsberger (SPD) an. Zuvor würden Kunden und Kaufleute befragt. In welche

Richtung die Veränderungen gehen sollen, deutet Grünen-Fraktionschef Reiner Priggen an: „Wir brauchen eher weniger Sonntagsbeschäftigung und auch an Sonntagen mehr klar definierte Freiräume für die Beschäftigten.“ NRW-Arbeitsminister Guntram Schneider (SPD) rechnet noch nicht einmal mit großem Widerstand gegen die angestrebte Reform. Bei der Synode der Evangelischen Kirche im Rheinland sagte er kürzlich, es gebe „eine ganz große Koalition“ für den Erhalt der Sonntagsruhe.

Indes wird doch heftig darüber gestritten, was unter Sonntagsruhe zu verstehen ist. CDU-Fraktionschef Karl-Josef Laumann sieht jedenfalls keine Veranlassung, von den eigenen Beschlüssen abzurücken: Natürlich müsse man „als ver-

## Fortsetzung

antwortungsbewusst handelnde Menschen“ dafür sorgen, dass der Sonntag „den ihm gebührenden Schutz“ erfahre, sagt er: „Aber das Leben bleibt an einem Sonntag eben auch nicht stehen.“ Laumann hält das geltende Ladenschlussgesetz für einen guten Kompromiss.

Auch Gerhard Papke, als Vorsitzender der FDP-Fraktion Antreiber der Neuregelungen von 2006, will sich nicht nachsagen lassen, am Grundsatz der Sonntagsruhe zu rütteln. Und fügt ebenfalls ein großes Aber hinzu: Die von Schwarz-Gelb eingeführten Lockerungen „machen unsere Innenstädte für Besucher auch von außen attraktiv und schaffen Arbeitsplätze im Einzelhandel“, sagt er. Papke würde gern noch weitergehen: „Videotheken sollten, ebenso wie bereits

in anderen Bundesländern, auch an Sonn- und Feiertagen öffnen dürfen.“

Deutliche Kritik kommt da von Gabriele Schmidt, Landesbezirksleiterin Gewerkschaft Ver.di. Sie hält schon die bestehenden Öffnungsmöglichkeiten für nicht nachvollziehbar. Und dass in den NRW-Großstadtbahnhöfen sonntags flächendeckend „Waren des täglichen Ge- und Verbrauchs“ verkauft würden, bezeichnet sie als rechtswidrig. Deshalb fordert sie mehr Kontrollen.

Andreas Heusch, Präsident des Verwaltungsgerichts Düsseldorf, verweist auf die Verfassung. Beim Schutz der Sonn- und Feiertage als „Tage der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung“ gehe es besonders auch um die Ausübung der Religionsfreiheit. „Und solan-

ge die Kirchen noch kraftvoll wirken, ist der Staat gut beraten, in freiheitsverträglicher Form die Kirchen in ihrem Wirken zu schützen. Hierzu zählt ein wirksamer Schutz des Sonntags – auch vor einer orientierungslosen Ökonomisierung des öffentlichen Lebens.“ Peter Lamprecht

„Ist uns der Sonntag noch heilig?“  
Martin-Luther-Forum Ruhr, Bülser Straße  
38, 45964 Gladbeck, 27. Januar, 19.30 Uhr.  
Es diskutieren: Gabriele Schmidt (Ver.di),  
Gerhard Papke (FDP), Albert Henz (Ev.  
Kirche Westfalen), Andreas Heusch (Ver-  
waltungsgericht Düsseldorf), Jürgen Bessel  
(Einzelhandelsverband Ruhr), Gesprächs-  
leitung: Peter Lamprecht. Karten (5 Euro)  
über Tel. 02043/784 97 12 oder per E-Mail:  
info@lutherforum-ruhr.de